

Modernes Sklaventum heute: UN fordert entschlossenes Handeln!

Menschenrechtsorganisationen und die UN fordern mehr Schutz vor moderner Sklaverei anlässlich des Internationalen Tags am 2. Dezember 2024.



Nachrichten AG

Göttingen, Deutschland - Am 30. November 2024 erheben Menschenrechtsorganisationen und die Vereinten Nationen eindringlich ihre Stimmen gegen die moderne Sklaverei. Anlässlich des Internationalen Tags zur Abschaffung der Sklaverei am 2. Dezember fordert UN-Generalsekretär António Guterres umfassendere Maßnahmen, um Menschen vor diesen grausamen Praktiken zu schützen. Laut Berichten der australischen Organisation Walk Free sind nahezu 50 Millionen Menschen weltweit in moderner Sklaverei gefangen, wobei die höchsten Raten in Ländern wie Nordkorea, Eritrea und Mauretanien zu finden sind. Besonders betroffen sind Kinder und Frauen, die häufig Opfer von Menschenhandel, Zwangsarbeit und sexueller Ausbeutung werden. Es ist ein alarmierendes

Signal, das zeigt, dass trotz internationaler Bemühungen Sklaverei kein Relikt der Vergangenheit ist, sondern nach wie vor Realität für Millionen von Menschen bleibt, wie auch die **Berichte des UNRIC** verdeutlichen.

Der Aufruf zur Veränderung

Die Situation ist verheerend: Nach Schätzungen lebt 71 Prozent der Opfer moderner Sklaverei als Frauen und Mädchen, die unter menschenunwürdigen Bedingungen leiden. Guterres betont die Notwendigkeit, die Strafverfolgung zu intensivieren und Täter vor Gericht zu bringen. Neben der rechtlichen Verfolgung ist auch die politische und finanzielle Unterstützung von Menschenrechtsorganisationen unabdingbar, wie Hanno Schedler von der Gesellschaft für bedrohte Völker in Göttingen ausführt. Insbesondere die deutsche Bundesregierung und die Europäische Union seien gefordert, sich für die Freilassung prominenter Anti-Sklaverei-Aktivisten einzusetzen und den Dialog über Sklaverei in bilateralen Gesprächen aktiv zu fördern.

Eine weitere Herausforderung ist die Zwangsarbeit, die oft Migranten ohne gültige Papiere betrifft. Diese Menschen laufen Gefahr, allein aufgrund ihres Status in die Fänge von Menschenhändlern zu geraten. Schedler warnt vor den ausbeuterischen Praktiken, die auch in westlichen Ländern verbreitet sind, und hebt hervor, dass dem europäischen Raum ebenfalls eine Verantwortung zukommt, den Handel und die Nutzung von Zwangsarbeit zu unterbinden. Die Bekämpfung der modernen Sklaverei erfordert das gemeinsame Engagement aller Staaten, NGO und des Privatsektors, um die Rechte der Betroffenen zu schützen und die systemischen Ungerechtigkeiten zu bekämpfen.

Details	
Vorfall	Menschenhandel
Ursache	Armut, Diskriminierung, Konflikte

Details	
Ort	Göttingen, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.kathpress.at• unric.org

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at